

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1922**

8 (10.1.1922)

# Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Durlach.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbezirk monatlich 6 Mk., Postbezug monatlich 6 Mk. 50 Pfg., Einzelnummer und Belegblatt 30 Pfg.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstraße 6 Fernsprecher 204.



Die einpaltige Beizeile oder deren Raum 60 Pfg., Reklamezeile 2 Mk. 50 Pfg. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachmittags 4 Uhr, für dringliche Familien-Anzeigen am Erscheinungstag 1/2 Uhr vormittags. Kleine Anzeigen sind sofort zu bezahlen. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Fall höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 8.

Dienstag, den 10. Januar 1922.

93. Jahrgang.

## Das erste Ergebnis von Cannes.

In den Beratungen des Obersten Rats am 6. und 7. Januar, die vornehmlich die vorläufige Regelung der deutschen Entschädigungszahlungen zum Gegenstand hatten, wurde nach den Berichten von Havas und der Pariser Blätter ein Zahlungsaufschub in beschränktem Rahmen beschlossen, und es wurde für wünschenswert bezeichnet, daß einige Vertreter Deutschlands nach Cannes berufen werden, um nötigenfalls dem Obersten Rat auf Verlangen Auskunft über gewisse Verhältnisse in Deutschland zu erteilen. Diese deutschen Vertreter sind also nicht als „Teilnehmer“ der Konferenz zu betrachten, sondern sie haben sich eben dem Obersten Rat zur Verfügung zu stellen. Dieser geschehen ist an sich selbstverständlich noch immer die entscheidende Beilegung und Veranschlagung, ohne die es der Konferenz nicht tut, aber immerhin kann man es für einen Fortschritt halten, daß die Beschlüsse von Cannes nicht wieder ohne gleiches Anhören deutscher Vertreter gefaßt werden und so wenigstens der Schein des einfachen Diktats vermieden wird. An der Sache wird dadurch wohl nicht viel geändert werden; Briand kam mit einem festen Plan nach Cannes, von dem er wohl kaum etwas aufgeben wird. Bei den 132 Goldmilliarden hat es in Cannes sein Bewenden und bei den Jahresforderungen, die Frankreich gegen Deutschland erhebt, nicht minder; ebenso verzichtet auch Belgien auf keinen Pfennig, der Zahlungsaufschub berührt nur England.

Es darf nicht vergessen werden, daß die Stundung mit „Bedingungen“ erkaufte werden muß, die in Deutschland einfach österreichische Zustände herbeiführen müssen. Wir werden wahrscheinlich eine Steuerlast, eine Verzerrung und eine Erschwerung des gesamten Verkehrs bekommen, von der sich wohl die wenigsten eine Vorstellung machen können. — Das muß aber doch festgehalten werden, daß der Oberste Rat sein berechtigtes Werk, den Vertrag von Versailles, nicht mehr aufrecht erhalten kann; er hat mit der „Revision“ in Cannes zugeben müssen, daß er unbefähigt ist, sich ihm zu widersetzen. — Die Absicht; — wie die Dinge in Wirklichkeit sich entwickeln werden, das steht auf einem andern Blatt, und sie können auch einen ganz andern Verlauf nehmen, als Herr Briand sich denkt, selbst wenn es ihm gelingen sollte, mit seinen allerdings sehr guten Trümpfen in der Hand das so heiß umworbene Bündnis mit England zur „Sicherheit“ Frankreichs herauszuschlagen.

Eine Wirtschaftskonferenz in Genua — das ist ein weiteres Ergebnis der bisherigen Beratungen in Cannes — soll vermutlich im nächsten Monat Vertreter aller bedeutenderen Länder der Welt vereinigen. Auch Deutschland und Rußland, auf welche letzteres es besonders abgesehen ist, werden geladen sein. Die Vereinigten Staaten wollen, wie gemeldet wird, nicht mehr durch einen unerantwortlichen Beobachter, sondern durch amtliche Vertreter an dieser Konferenz teilnehmen, die über den „Wiederaufbau Europas“ zu beschließen haben wird. Lloyd George hat darüber bekanntlich gewisse Pläne ausgedacht oder ausarbeiten lassen, die natürlich vor allem den englischen Interessen gerecht werden. Die anderen Länder sind daher jetzt schon argwöhnisch, daß sie bei der Verteilung des russischen Fells zu kurz kommen sollten. Ob auch für Deutschland Nennenswertes abfallen wird, muß die Zukunft lehren.

## Die Einladung nach Cannes.

Berlin, 9. Jan. Der französische Ministerpräsident Briand benachrichtigte den Reichskanzler, der Oberste Rat wünsche in der Zeit vom 8. bis 15. Januar Gelegenheit zu haben, deutsche Vertreter zu hören. Er rege an, Vertreter nach Paris zu senden, wo sich für den Auf nach Cannes bereit halten sollen.

Das Reichskabinett beschloß, eine Vertretung unter Führung des Dr. Rathenau abzusenden, die sich folgendermaßen zusammensetzt: Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium, Staatssekretär Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium, Staatssekretär a. D. Bergmann, ferner der Vorsitzende der Kriegslastenkommission in Paris, Staatssekretär Fischer, sowie Ministerialdirektor Trendelenburg und Legationsrat Martius.

## Die Stundung und deren Bedingungen.

Paris, 9. Jan. In der gestrigen Nachmittagsitzung des Obersten Rats wurde der Beschleunigung der deutschen Verzinsung für das Jahr 1922 auf 700 Millionen Goldmark zugestimmt, über deren Verteilung unter die Verbündeten konnte aber noch kein Beschluß gefaßt werden. England erklärte sich laut „Petit Parisien“ bereit, das Wiesbadener Abkommen für drei Jahre anzuerkennen.

Die Besatzungskosten sollen 220 Millionen Goldmark jährlich für Deutschland nicht übersteigen, wozu noch eine nicht festgesetzte Summe in Papiermark kommt. Für die Ablieferung der Kohle soll der französische Preis zugrunde gelegt werden. Deutschland hätte somit in 1922 zu leisten: 700 Millionen Goldmark (zusätzlich der noch nicht festgesetzte Papiermark), für 1750 Millionen Goldmark Sachwerte und eine Abgabe von 26 Prozent des Werts seiner Ausfuhr. Die bereits bezahlte Goldmilliarde soll mit den 700 Millionen für 1922 zusammengerechnet werden und aus der Gesamtsumme von 1700 Millionen sollte England 500 Millionen Goldmark für Besatzungskosten, Belgien 800 Millionen erhalten. 400 Millionen in bar erhält Frankreich, dem überdies die jetzt schon aus den Saargruben bezogenen 300 Millionen nicht an der Kriegsentwädigung abgezogen werden sollen. (Um diese 300 Millionen Goldmark würde also Deutschland geprellt. D. Schr.)

Die Bedingungen sind nach dem „Petit Parisien“: 1. Die Steuern in Deutschland sollen nach dem Goldwert, nicht mehr nach Papiermark erhoben werden. 2. Die Eisenbahn und Post haben ihre Preise entsprechend zu erhöhen. (Von einer neuen Tarifierhöhung außer der am 1. Februar von 75 Prozent war schon die Rede. D. Schr.) 3. Die Kohlenpreise in Deutschland sind zu erhöhen. 4. Der Reichshaushaltplan wird vom Verband überwacht. 5. Es sind scharfe Maßregeln gegen die Kapitalflucht ins Ausland zu treffen. 6. Die Papiergeldausgabe ist einzustellen. 7. Die Reichsbank ist dem Einfluß der Reichsregierung zu entziehen und der Verbandsaufsicht zu unterstellen.

Nach dem Pariser „Temps“ sollen die deutschen Vertreter am Mittwoch in Cannes sein. Die Konferenz würde am Freitag geschlossen.

## Der „Sicherheitspakt“.

Paris, 9. Jan. Havas berichtet, die Verhandlungen über einen Bündnisvertrag zwischen England und Frankreich für den Fall eines Angriffs Deutschlands gegen Frankreich seien begonnen worden.

London, 9. Januar. „Daily Mail“ bestätigt die Eröffnung der Verhandlungen über ein englisch-französisches Verteidigungsbündnis, das den Namen „Sicherheitspakt“ führen werde. England stelle die Bedingungen, daß Frankreich den englischen Wünschen über den „Wiederaufbau“ Europas zustimme und daß es sich mit England über die Politik gegenüber den Türken in Kleinasien und dem Bolschewismus einigt. (Nach der „Chicago Tribune“ verlangt England ferner den Verzicht Frankreichs auf den Mehrbau französischer Tauchboote über 35 000 Tonnen hinaus.)

Frankreich soll zu einem Handelsvertrag mit Rußland geneigt sein, wünscht aber eine Verfassungsänderung in Rußland.

## Die Umbildung der Reichseisenbahn.

Die Reichseisenbahn ist das größte Wirtschaftsunternehmen der Welt, gleichwohl ist es in den letzten Jahren in unrentabler Form geführt worden, und jaugt die Steuereinnahmen des Reichs, die anderen Zwecken dienen sollen, zur Deckung seines enormen Fehlbetrags auf. Gleichzeitig mit dem Entwurf des Reichsbahnfinanzgesetzes ist nun die Vorlage über die Erhöhung der Güter- und Tiertarife der Eisenbahn den Eisenbahnberatern von der Verkehrsverwaltung zugegangen. In der Vorlage wird der Versuch gemacht, die im Reichsbahnfinanzgesetz erdientenen Grundlagen in die Praxis umzuführen. Doch beschränkt man sich noch immer im wesentlichen darauf, lediglich durch Tarifierhöhungen den Fehlbetrag der Eisenbahn auszugleichen. Am 1. Februar wird die Erhöhung der Personentarife um 75 Prozent gesteigert anstatt in Aussicht genommener 50 Prozent, und im Gütertarif soll eine neue Erhöhung um 30 Prozent erfolgen. Im ordentlichen Haushalt der Eisenbahnverwaltung für 1921 besteht ein Fehlbetrag von 10,8 Milliarden Mark. Der im August letzten Jahres aufgestellte Haushaltsentwurf für 1922 schloß ursprünglich in Einnahmen mit 37,3 Milliarden, in Ausgaben mit 42,9 Milliarden, wies also einen Fehlbetrag von 5,6 Milliarden auf. Entsprechend der sprunghaften Steigerung aller Ausgaben mußte alsbald die Ausgabe Seite um 23 Milliarden erhöht werden. Auf der Einnahmenseite war die 50-prozentige Tarifierhöhung mit rund 16 Milliarden zu veranschlagen, wozu noch eine halbe Milliarde durch Steigerung der Einnahmen aus anderen Quellen trat. Es hätte sich hiernach für 1922 zunächst folgendes Bild ergeben: Einnahmen 53,8 Milliarden, Ausgaben 66 Milliarden, Fehlbetrag 12,2 Milliarden. Die geplante Erhöhung der Personen- und Gepäcktarife um 75 Prozent wird einen Mehrertrag von 1,2 Milliarden, die 30-prozentige Erhöhung der Gütertarife einen Mehrertrag von 11 Milliarden erbringen. Es würde also auf diese Weise

gelingen, den Fehlbetrag von 12,2 Milliarden zu decken. Durch die erhöhten Einnahmen, die aus dieser Tarifierhöhung vom 1. Februar an auch noch dem Haushaltsjahr zugut kommen, würde sich der Fehlbetrag dieses Jahres von 10,8 auf 8,8 Milliarden Mark vermindern.

Die verstärkten Leistungen der Bahn in den letzten drei Jahren sind nicht zu verkennen, sie sind von 20,4 Milliarden Achsenkilometern im Jahr 1919 auf 24,6 Milliarden im Jahr 1921 gestiegen, bleiben aber immer noch um 21 Prozent gegen 1913 zurück. Trotz dieser gegenüber der Vorkriegszeit stark verminderten Leistung ist aber der Betriebsapparat immer noch auf Vollleistung eingerichtet, ja der Personalapparat hat sich sogar ganz wesentlich verstärkt, so daß sich der Personalbestand auf 1 Kilometer Betriebslänge der Bahn vom Jahr 1913, wo er 13,2 Köpfe betragen hat, erheblich gesteigert hat, nämlich bis zum Jahr 1921 auf 18,7 Köpfe.

Es gilt nun, den Betrieb nach kaufmännischen Grundsätzen zu organisieren. In dem Sinn genügt auch die Veröffentlichung des Reichsbahnfinanzgesetzes und seine Genehmigung durch die gesetzgebenden Körperschaften noch nicht, es muß vielmehr jetzt der grundlegende Schritt getan werden, die Bahnen rentabel zu machen, nicht allein durch Tarifierhöhung — obwohl man auch darum wird nicht herumkommen —, auch nicht allein durch Ausnutzung der Arbeitskräfte und Umschichtung der Arbeiterschaft, sondern es handelt sich darum, die Eisenbahn auf eine Betriebshöhe zu stellen, die den Ansprüchen, die Handel, Industrie und Landwirtschaft an sie zu stellen berechtigt sind, genügt, also durch Ausdehnung und Modernisierung des Betriebsapparats, damit dieser dem Ansturm der Frachten standhält. Das kann nur geschehen durch einen Kredit in ganz erheblichem Umfang. Zur Beschaffung eines solchen Kredits wird in der „Köln Ztg.“ die Bildung einer Gesellschaft, an der das Reich und die Länder, ferner das Eisenbahnpersonal und überhaupt die deutsche Arbeiterschaft sowie Industrie, Handel, Landwirtschaft und Gewerbe beteiligt sein sollen. Es ist dies der Vorschlag, den seinerzeit der Deutsche Gewerkschaftsbund gemacht hat, und der nun als „ein Mittelweg zwischen dem Vorschlag der Industrie und den Wünschen der Eisenbahnverwaltung“ auch den großindustriellen Kreisen geeignet erscheint, in dem Kampf um die Reichseisenbahn zu einer Verständigung zu kommen und gleichzeitig einen soliden Aufbau der Eisenbahnwirtschaft zu bewerkstelligen.

Die Dinge sind im Fluß, es wird notwendig sein, daß die Angelegenheit beschleunigt wird, weil der heutige Zustand, der im wesentlichen nur in Tarifierhöhungen sich auslebt, unmöglich ist.

## Arbeitslosen-Versicherung.

Mit der Einführung der Arbeitslosen-Versicherung im Deutschen Reich soll es jetzt ernst werden. Die Reichsregierung will schon im ersten Halbjahr 1922 Beiträge einziehen, um einseitig einen Grundstock für eine solche Versicherung anzulegen, bis der Versicherungsgeheimvertrag den langwierigen Weg aus dem Reichsarbeitsministerium durch Reichswirtschaftsrat, Reichsrat und Reichstag mit allen dazu gehörigen Sachverständigen- und Ausschüssen bis zur Erreichung der Gesetzkraft durchlaufen haben wird. Die Sache muß plötzlich sehr eilig und und dringlich geworden sein. Denn auch den Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes hat der Reichsarbeitsminister dieser Tage dem Reichstag mit einem Hinweis auf „die Beschleunigung, deren der Entwurf bedarf“, zugestellt, noch ehe der Reichswirtschaftsrat sein Gutachten dazu abgegeben hat. Die Arbeitsnachweise sind unentbehrliche Glieder im System einer Arbeitslosenversicherung. Daher auch hier die Eile, mit der ihre reichsgesetzliche Vereinheitlichung jetzt betrieben wird.

Die Drangsale der auswärtigen Politik haben jetzt keine Zeit und Kraft für die Erledigung solcher innerpolitischen Aufgaben übrig gelassen. Die auswärtige Politik ist es aber jetzt, die die Reichsregierung zu beschleunigten Erledigung einer Reihe von innerpolitischen Reformarbeiten nötigt. Den eigenen Reichshaushalt so in Ordnung zu bringen, daß das Ausland Vertrauen in die Solidität der amtlichen Wirtschaftsführung gewinnt, mit anderen Worten, daß das Deutsche Reich kreditwürdig wird, das ist die von den englischen Staatsmännern deutlich betonte Aufgabe der deutschen Regierung. Sie haben mit aller Entschiedenheit verlangt, daß die Kosten der Arbeitslosenunterstützung, da sie eine unproduktive Ausgabe des Reichs darstellen, ebenso wie die Zuschüsse für Brot usw., auf andere Schultern übertragen werden müssen.

Die Erwerbslosenunterstützung gehört allerdings zu den großen Verlustposten im Hauptbuch des Deutschen Reichs. Sie beruht auf keinem selbstverworbenen Rechtsanspruch. Solchen Rechtsanspruch genießt der deutsche Arbeitnehmer für die Fälle von Krankheit, Unfall und

Invalidität. Wegen das Mißgeschick der unversicherten Arbeitslosigkeit hat ihn das Reich bis jetzt nicht versichert.

Der Versuch einer gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitslosen-Versicherung ist uns bereits vorgemacht worden, und zwar in England. Durch Lloyd George hat England nicht nur unsere soziale Gesetzgebung, mit der Deutschland bis dahin bahnbrechend vorangegangen war, nachgeahmt, sondern es hat sie kurz vor dem Krieg durch die Arbeitslosen-Versicherung vervollständigt. Das Wagnis darf heute als gelungen gelten.

Die Beitragspflicht zur englischen Arbeitslosen-Versicherung lastet auf Arbeitgebern, Arbeitnehmern und auf dem Staat. Die englische Arbeitslosen-Versicherung bezieht die schon vorhandenen Gewerkschaftsklassen mit in ihr System ein. Es ist daher Vorsorge getroffen, daß Arbeitnehmer, die gar keinen oder nur verhältnismäßig geringen Gebrauch von Arbeitslosen-Unterstützung machen, in diesem üblichen Verhalten bekräftigt werden durch gelbliche Vorteile, die sie in einer Art von Prämie nach einer gewissen Zeit ausbezahlt oder gutgeschrieben erhalten. Ebenso werden Arbeitgeber, die durch Aufrechterhaltung der Betriebe in schlechten Geschäftsjahren u. s. w. sich verdient machen, in ähnlicher Weise belohnt und ermuntert.

Die erzieherische Wirkung der Arbeitslosen-Versicherung im Gegensatz zu der öffentlichen Erwerbslosen-Unterstützung liegt darin, daß die gesamte Beitragspflichtige Arbeiterschaft daran interessiert ist, keinen Mißbrauch der Versicherungseinrichtung durch Arbeitslose aufkommen zu lassen. Ohne Zweifel bedeutet die englische Regelung eine weitere Stärkung der Machtstellung der Gewerkschaften gegenüber den einzelnen Arbeitern. Das ist auch ein Einwand, den man vielfach gegen die Einführung der Arbeitslosen-Versicherung geltend gemacht hat.

Daß die Einführung der Arbeits- oder Erwerbslosen-Versicherung im jetzigen Augenblick von den Beitragspflichtigen freudig begrüßt werden sollte, das kann nicht erwartet werden. Sind doch auch ohnedies die Steuer- und Beitragslasten, die auf Unternehmern wie auf Arbeitnehmern lasten, schon unmäßig schwer. Dazu kommt für den Staat die Sorge vor der heute gar nicht voraus zu berechnenden Gestaltung der Geschäftslage und damit des Arbeitsmarkts.

Aber die Dinge liegen heute so: ganz gleich, wie die Wirtschaftslage sich auch gestalten wird, ganz gleich, wie stark die geldliche Inanspruchnahme der einzelnen Staatsbürger schon heute auch ist, auf alle Fälle muß die Allgemeinheit den schuldschuldlos ohne Arbeitsmöglichkeit dastehenden Volksgenossen das Nötigste für den Lebensunterhalt gewähren. Das ist bisher schon geschehen und geschieht auch künftig unter allen Umständen. Aber es soll fortan in einer günstigeren Form geschehen; in einer Form, die zunächst die Reichsfinanzanlagen entlastet und damit auch dem einzelnen Staatsbürger zugute kommt; denn jeder einzelne hat daran ein Interesse, daß die Steuerlast nicht weiter angezogen werden und daß unser Papiergeld nicht weiter verunwertet und dadurch entwertet werden muß.

Voraussetzung ist bei alledem, daß das endgültige Gesetz den vernünftigerweise an es zu stellenden Erwartungen entsprechen wird. Für die im voraus zu erhebenden Beiträge, also für eine Zwischentregulierung, bis das eigentliche Versicherungsgesetz in Kraft getreten sein wird, erwartet die Regierung, wie sie mitteilen läßt, Anträge aus der Mitte des Reichstags heraus.

## Deutschland.

Berlin, 9. Jan. Die Versuche der Regierung, in der Frage der kommenden Steuern die Parteien auf einen Vergleich zu einigen, haben bisher ein greifbares Resultat noch nicht erzielt. Die Vertreter der Sozialdemokratie halten daran fest, neue indirekte Steuern nur dann zu bewilligen, wenn die Regierung sich auf eine weitgehende Erfassung der Sachwerte festsetze. Die Vertreter der Demokraten und des Zentrums dagegen halten die Erfassung der Sachwerte nicht nur für technisch undurchführbar, sondern erklären, daß dieser Einritt in die

Vermögen die Vernichtung unserer Wirtschaft bedeuten würde. Trotzdem erscheint es nicht ausgeschlossen, daß die Regierung dem Druck von links nachgeben und doch noch einen neuen Plan zur Erfassung der Sachwerte herausbringen wird.

Berlin, 10. Jan. Wie von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, soll in den nächsten Tagen eine Erhöhung der vom Reichsernährungsministerium festgesetzten Richtpreise für Kartoffeln um 10 Mk. pro Zentner erfolgen. Die Folge davon würde sein, daß bald keine Kartoffeln mehr unter 140—150 Mk. für den Zentner zu haben wären.

Berlin, 9. Jan. Die Deutsche Volkspartei hat gestern durch eine gewaltige Kundgebung in der Philharmonie den Kampf gegen die Kriegslüge aufgenommen. Der große Saal der Philharmonie war völlig überfüllt. Orgelklänge leiteten die Versammlung ein, in der das schuldschuldlos angeklagte deutsche Volk seine ehemaligen Feinde zu Zeugen für die deutsche Friedfertigkeit aufrief. Die einleitenden Worte sprachen der Reichspräsident, der darauf hinwies, daß es sich hier nicht um eine Parteiangelegenheit, sondern um eine Ehrenangelegenheit des ganzen deutschen Volkes handle. Dann kamen die Redner von Willst-Matbonne und Admiral Brüninghaus zu Wort. Sie ließen Vertreter der Entente und Neutralen als Entlastungszeugen für Deutschland aufmarschieren. Das Ergebnis war glänzend. Feindliche und neutrale Staatsmänner und Diplomaten, französische, belgische und amerikanische Generale, Schriftsteller und Gelehrte bewiesen auf das schlagendste die Friedfertigkeit des deutschen Volkes und seiner Regierung. Unter diesen Zeugen befanden sich Eduard 7., Delfasse, der belgische Vorkämpfer Greindel, der französische General Boilat, Nikolaus II., Lloyd George, Wilson, Poincaré, J. S. Wolfsky, Grey usw. Als deutsche Schwurzeugen wurden nur Sozialisten angeführt: Scheidemann, Noske und Kaufki. Die gewaltige Versammlung stand unter dem Eindruck einer Offenbarung und belohnte die Ausführungen der Redner mit tosendem Beifall. Zurufe aus der Versammlung beklagten es tief, daß die Initiative zu dieser Offensive gegen die Kriegslüge nicht von der Regierung ergriffen worden sei, da der Versailles Vertrag auf der Lüge von der deutschen Kriegsschuld aufgebaut sei. Der Eindruck, den die Ausführungen der Redner hervorriefen war so stark, daß auf eine Diskussion verzichtet wurde; wohl aber wurde das Verlangen gestellt, diese Ausführungen als Flugblatt verbreitet zu sehen. Drackklang schloß wieder die Versammlung. Die Deutsche Volkspartei wird im ganzen Lande durch gleiche Versammlungen die Offensive gegen die deutsche Kriegslüge fortführen.

Berlin, 8. Jan. Generalfeldmarschall von Hindenburg bittet die Zel-Union um Verbreitung folgender Dankagung. „Für die zahlreichen Beweise freundlichen Miteingedenkens in der Weihnachts- u. Neujahrzeit kann ich nur auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank aussprechen und alle Segenswünsche freudig erwidern. Gott sei mit unsrem Vaterland, ges. von Hindenburg.“

Berlin, 9. Jan. Die französische Presse berichtet, daß die Deutschen Werte zerstört werden sollen. Wie die L. A. erfährt, ist an zuständiger Stelle davon nichts bekannt. Immerhin rechnet man mit einer „Umschichtung“ des Betriebs, die wahrscheinlich teilweise Zerstörungen von Maschinen und dergl. bedingen würde.

Leipzig, 9. Jan. Gemäß einer im November v. J. getroffenen Vereinbarung trafen in Leipzig Abgeordnete Deutschlands, Oesterreichs und der Sudetenländer zur Besprechung gemeinsamer Fragen zusammen. Deutscherseits waren zugegen die Abgeordneten Dr. Bösch und von Lindener (Deutschnationale Volkspartei) und Dr. Mittelmann und von Lemnitz (Deutsche Volkspartei). Vertreter Oesterreichs war der Vorsitzende der Großdeutschen Volkspartei in Wien Dr. Dinghofer, aus der Tschechoslowakei waren anwesend die Abgeordneten Dr. Lodgemann, Dr. Brunar und Ingenieur Kallins (Deutschnationale Partei). Es wurde u. a. der kürzlich abgeschlossene Vertrag von Lana zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei besprochen.

Leipzig, 9. Jan. Gemäß einer im November v. J. getroffenen Vereinbarung trafen in Leipzig Abgeordnete Deutschlands, Oesterreichs und der Sudetenländer zur Besprechung gemeinsamer Fragen zusammen. Deutscherseits waren zugegen die Abgeordneten Dr. Bösch und von Lindener (Deutschnationale Volkspartei) und Dr. Mittelmann und von Lemnitz (Deutsche Volkspartei). Vertreter Oesterreichs war der Vorsitzende der Großdeutschen Volkspartei in Wien Dr. Dinghofer, aus der Tschechoslowakei waren anwesend die Abgeordneten Dr. Lodgemann, Dr. Brunar und Ingenieur Kallins (Deutschnationale Partei). Es wurde u. a. der kürzlich abgeschlossene Vertrag von Lana zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei besprochen.

Leipzig, 9. Jan. Gemäß einer im November v. J. getroffenen Vereinbarung trafen in Leipzig Abgeordnete Deutschlands, Oesterreichs und der Sudetenländer zur Besprechung gemeinsamer Fragen zusammen. Deutscherseits waren zugegen die Abgeordneten Dr. Bösch und von Lindener (Deutschnationale Volkspartei) und Dr. Mittelmann und von Lemnitz (Deutsche Volkspartei). Vertreter Oesterreichs war der Vorsitzende der Großdeutschen Volkspartei in Wien Dr. Dinghofer, aus der Tschechoslowakei waren anwesend die Abgeordneten Dr. Lodgemann, Dr. Brunar und Ingenieur Kallins (Deutschnationale Partei). Es wurde u. a. der kürzlich abgeschlossene Vertrag von Lana zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei besprochen.

Solche Zusammenkünfte sollen sich nach dem „Leipz. N. Nachr.“ künftig öfters wiederholen. Die nächste Besprechung soll in der ersten Februarhälfte in Salzburg stattfinden.

Leipzig, 9. Jan. Gestern wurde hier der Parteitag der U.S.P. eröffnet. Crispian legte die Grundzüge der Partei dar und geißelte das Verhandeln der Mehrheitssozialisten mit den Bürgerlichen. Der Parteitag gesteht der Aufrüttelung des Proletariats, damit dieses die Macht behalten könne.

Leipzig, 8. Jan.

Im Hochverratsprozeß gegen die Kessbaurer Kommunisten, die den Kessbaurer Anschlag auf die Kappelbrücke unternahmen, wurden 6 Angeklagte zu Zuchthausstrafen von 1 Jahr 3 Monaten bis zu 5 Jahren 6 Monaten die übrigen beiden Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 1 Jahr bezw. 1 Jahr 3 Monaten verurteilt.

Essen, 9. Jan. Die Bäder hatten die Betriebe geschlossen, weil der Preis von 6.45 Mark für den Dreipfundigen Brotlaib unzureichend sei. Der Reichspräsident hat nun, vorbehaltlich der Nachprüfung durch den Hauptauschuß des Reichstags, die Preisserhöhung auf 6.50 Mark bewilligt. Der Streik wurde darauf eingestellt.

## Baden und Nachbarstaaten.

Heidelberg, 9. Jan. Gegen verschiedene Personen, die im Sommer v. J. eine Reihe von Firmenschildern mit Hostiezerantenschildern gewaltsam entfernten, ist Anzeige erhoben worden. In verschiedenen Fällen mußte das Verfahren eingestellt werden, da man der Täter nicht habhaft werden konnte.

Am Freitag ist der erste Redarschleppzug flussaufwärts gekommen. Die acht Schiffe, die der Schlepper 309, hatten sämtlich Kohlen geladen.

Mosbach, 9. Jan. Eine im Gemeinleben bekannte Persönlichkeit, Schlossermeister und Stadtrat Martin Alt, ist aus dem Leben geschieden. Er war ein eifriger Förderer der Handwerkerorganisationen und lange Jahre Vorstand des hiesigen Gewerbevereins.

Baden-Baden, 9. Jan. Nach einem vom Städt. Verkehrsamt Baden-Baden den Zeitungen übermittelten Bericht über den Fremdenverkehr geht hervor, daß die Gesamtzahl der im Jahr 1921 in Baden-Baden angekommenen Fremden etwas über 85 000 betragen hat. Etwas über 66 000 entfallen davon auf Inländer und nahezu 19 000 auf Ausländer, ein Verhältnis, das zu Vorkriegszeiten nahezu das gleiche war.

Offenburg, 9. Jan. Auch die Gemeinden Hofweier, Zunsweier und Hohnhursch sind nun dem guten Beispiel, das die Gemeinden Hossenbach und Diersburg gegeben haben, gefolgt und haben insgesamt 187 Liter Milch als Liebesgabe an bedürftige Kinder von Offenburg aufgebracht.

Vörsach, 9. Jan. Wie aus Basel dem dortigen „Vorwärts“ gemeldet wird, werden auf das Basler Güterbahnhof in letzter Zeit mehrere Wagenladungen Weizenmehl mit einem chemischen Farbstoff vermischt, um es für Wadzwede unbrauchbar zu machen. Dieses Mehl wird dann nach Frankreich zu Futterzwecken zum Preis von 34 Franken per 100 Kilo verkauft.

Swetzingen (bei Waldshut), 9. Jan. Bei der letzten Holzversteigerung waren die Nadelholzkämme je Festmeter auf 700—1000 Mk. veranschlagt. Gelöst wurden 600—870 Mk. für Hölzer 1. und 4. Klasse.

Konstanz, 9. Jan. Zwischen den hiesigen Zeitungen und der Kapelle des Inf.-Regts. 14, die Obermusikmeister Bernhagen, der frühere Dirigent der Kapelle des Karlsruher Leib-Grenadier-Regts., leitet, ist ein Streit ausgebrochen. Bernhagen wie Angehörige seiner Kapelle ließen sich anlässlich einer abälligen Besprechung in einer hiesigen Zeitung beim letzten Einionienkonzert zu Drohungen hinreißen, die nun zu einer gemeinsamen Stellungnahme der hiesigen Presse führten. Der Vorstand des Verbands süddeutscher Presse, Gruppe Sektreis, hat die Sperre über Bernhagen und die Kapelle verhängt.

\* Der hohe Exprekautar in Baden. Nachdem das Reichsverkehrsministerium die Sätze für Exprekaut in Baden mit Wirkung vom 1. Dez. außerordentlich erhöht

## Der Triumph des Lebens.

Roman von Lola Stein.

(Nachdruck verboten.)

„Irene ist das Ebenbild unserer Mutter“, warf Walter ein.

Das junge Mädchen errötete. „Das sieht und denkt keine Bruderliebe nur, in Wahrheit ist es leider nicht so.“

„Daß doch die übergroße Weisheit“, sagte Walter fast heftig. „Die Natur hat ihr so viel gegeben“, wandte er sich an den Vetter, „innen und außen ist sie reich beschenkt! Aber sie will es nicht wahr haben! Ach, mir tut das Herz weh, wenn ich sie in ihrer Schwermuttracht sehe! Die Natur hat sie dazu bestimmt, eine ganz andere Rolle im Leben zu spielen und nicht so in der Verborgenheit zu wirken!“

„Aber Walter“, sie schüttelte ein wenig ärgerlich das Haupt, „ist mein Beruf nicht gut und schön? Und habe ich ihn mir nicht selbst erwählt?“

„Der Not gehorchend“, sagte er bitter.

„Erzählt mir von euch“, hat Horst Volkmer, „ich muß verstehen, ich weiß kaum etwas von eurem Leben. Aber ich freue mich aufrichtig, nun endlich eure Bekanntschaft gemacht zu haben. Und ich muß offen sagen: solche Geschwisterliebe, wie ihr sie für einander zu empfinden scheint, habe ich noch nie gesehen.“

Die beiden lachten. Dann sagte Irene weich: „Ja, Walter ist ein einziger Bruder!“

„Und du eine einzige Schwester, Kleine!“

Sie lachte wieder. Dann meinte sie verkommen: „Wir haben ja auch nur einander auf der Welt.“

Sie sprachen dann, als Horst Volkmer sie noch einmal darum bat, von ihrer Kindheit, von der Vergangenheit. Sie hatten eine schöne Jugendzeit gehabt, dann aber, als Walter gerade die Univerfität bezogen hatte, um Medizin zu studieren, raffte eine Typhusepidemie, die in der Stadt herrschte, beide Eltern dahin. Auch Irene erkrankte, doch ihre kräftige Natur überwand die Krankheit. Als sie gesund war, stand sie an zwei frischen Gräbern.

Der Vater war Ingenieur gewesen. Eine Erfindernatur, der mit Experimenten keine Zeit verbrachte, auf die große, die geniale Erfindung wartete und hoffte und darüber starb. Das Vermögen, das er hinterließ, war nur sehr gering.

Walter wollte damals die akademische Laufbahn sofort aufgeben, Kaufmann werden, verdienen. Aber Irene ließ es nicht zu. Sie wußte, wie Walter an seinem selbstgewählten Berufe hing, wieviel er von seiner Zukunft erwartete. Ihr starker Wille siegte damals über seine Bedenken! Er blieb Student. Sie verließ die Heimstadt, zog zu ihm nach Heidelberg, mietete dort eine kleine Wohnung, in der sie zusammen lebten, zusammen darboten, arbeiteten, sich einschränkten.

Aber die Mittel hielten doch nicht so lange, wie sie zuerst geglaubt. Auch für Irene ergab sich die Notwendigkeit, einen Beruf zu ergreifen. Und da sie für Walters Studium von Anfang an starkes Interesse gehabt, da es auch ihr gut und verlockend erschien, an der Behandlung der Menschen tätige Hilfe zu leisten, wählte sie den Beruf der Krankenpflegerin.

Mit dreißigwanzig Jahren machte Walter sein Examen, zur gleichen Zeit war auch Irenes Ausbildung vollendet. Das Glück war den Geschwistern günstig. Sie fanden in der Stadt, in der sie jetzt lebten, gemeinsam in einem Krankenhaus Anstellung, Irene als bezahlte Krankenpflegerin, Walter als Assistenzarzt, um sein praktisches Jahr zu absolvieren.

Dies Jahr neigte sich nun seinem Ende zu. Walter sprach von der Zukunft. Er wollte nicht in Süddeutschland bleiben, ihn zog es nach Berlin. Er hatte sich um den Posten eines Assistenzarztes an der Berliner Charité beworben, es lockte ihn, sich, wenn er diese Anstellung erhielt, in der Hauptstadt als praktischer Arzt niederzulassen.

„Daß du dir gerade die Riesenschicht wählst, wo die Chancen, weiterzukommen, doch nur geringe sind, verstehe ich nicht“, sagte Horst Volkmer.

„Ich denke anders“, erwiderte Walter lebhaft. „Gerade in einer so großen und reichen Stadt wie Berlin

erwarten mich tausend ungeahnte Möglichkeiten. Ein Zufall kann mich dort in die Höhe bringen, auf den ich in einer kleinen oder mittleren Stadt jahrelang vergebens warten könnte! Und wieviel kann ich an der Charité lernen! Das lockt mich am meisten! Ja, Berlin ist mein Ziel und meine Sehnsucht!“

Horst Volkmer betrachtete die Geschwister. Ihre Blicke zeigten eine starke Ähnlichkeit, auch Walter war ein schöner Jüngling! Die Linien seines raffen Gesichtes waren edel und groß, die Stirn hoch und lug, aber die Augen, die groß und braun waren wie die Irenes, glichen den ihren dennoch nicht. Eine milde Leidenschaft, eine kaum gebändigte Gut brach aus den Blicken des Mannes, die „weilen fast etwas Erschreckendes haben konnten.“

Walter, der die prüfenden Blicke des erstnen Mannes fühlte, fragte lächelnd: „Was schaust du mich so forschend an, du Psychologe? Was entdeckst du in meinem Gesicht?“

Der Rechtsamwalt sagte sinnend: „Eine große Liebe, aber auch einen Haß von Unbeherrschtheit und Leidenschaft in den Augen und um den Mund, der mir zu denken gibt. Ich glaube, du könntest für eine Idee alles opfern.“

Irene nickte zustimmend. „Für eine Idee oder für ein Gefühl, ja, das glaube ich auch! Walter könnte der Sanatiker einer Idee werden.“

Walter fragte: „Nun, und wenn es so wäre? Du, Horst, kennst Menschen und Leben besser als irgendeiner, sage mir, ist es gut, wenn man so ist, wie du mich den?“

„Gut?“ wiederholte der Rechtsamwalt sinnend. „Ich weiß nicht, wie du das meinst, Walter? Früher kommen ist es vielleicht gut, ob auch sonst? Das kann man wohl kaum verallgemeinern und so beantwortet Jedenfalls ist es nicht durchsichtlisch! Aber du bist ja so jung mit deinen vierundzwanzig Jahren! Kannst dich noch ganz, ganz anders entwickeln, als wie deine Blicke es heute verprechen. Ach Gott, das Leben erstickt in den meinten Menschen ja so viel, so unaussprechlich viel Große Anlagen gehen zugrunde, große Gefühle schlafen ein!“

(Fortsetzung folgt.)

hat, hat dieser Verkehrsweig nach Angaben der Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe um etwa 60 Proz. zurückgegangen. Die Handelskammer Karlsruhe veröffentlicht dazu Auslassungen, in denen festgestellt wird, in welchen Verkehrsverbindungen der Expressautoverkehr am meisten benützt werde. Zu diesen Feststellungen werden die Zahlen aus dem Jahre 1919 herangezogen, die ein deutliches Bild geben in wie hohem Maße der Expressautoverkehr in Süddeutschland vor allem in Baden, in Württemberg und in der Pfalz bevorzugt wurde.

**Verteuerung des Postverkehrs.** Der Postverkehr ist bei der letzten großen Gebührenerhöhung noch günstiglich behandelt worden. Die Gebühren für die Einschickung durch Postkassen mussten zwar den Postanweisergebühren einigermaßen genähert werden, aber der eigentliche Postverkehr blieb für den Ehestunden ohne allzu starke Belastung. Die Ueberweisungen von Konto zu Konto sind wie bisher gebührenfrei, nur die feste Gebühr für Auszahlungen durch Scheck wurde auf 75 Pfg. erhöht, die Gebühr von ein Pfünfel vom Tausend des im Scheck angegebenen Betrags blieb unverändert. Jetzt werden jedoch die Kosten für die Vorbrüche auf ungefährt das Doppelte erhöht: Vom 1. Jan. kostet ein Scheck auf 50 Pfennig 10 Mark, ein Ueberweisungsscheck auf 50 Pfennig, das bisher kostenlos geliefert wurde, ebenfalls 10 Mark, 100 Vorbrüche zu Zahlungsaufweisungen kosten ebenfalls 10 Mark. Durch diese neuen Bruchkosten wird auch die Ueberweisung von Konto zu Konto von nun an mit 20 Pfg. Unkosten belastet.

### Das zerfallene Gemeinwesen.

Von Franz Friedrich, Stuttgart.

S. P. Die Bewohner des Forsthauses waren glückliche und zufriedene Leute. Mit den vier Söhnen und der treuen Urschel holte der wortfarge und selbstgenügsame alte Forstbauer aus den mageren Böden den Lebensunterhalt für die ganze Familie heraus. Und die Jungen hielten zusammen. Wenn auch oft murrend fügten sie sich in die Wirtschaftsführung des Vaters und pflegten nur nebenher ihre Liebhabereien, die jedem allfänglich ein schönes Stück Geld abwarfen: Peter, der Bienenvater, vergrößerte seine honigbringenden Stände planmäßig, Fritz nannte einen kleinen Bienenhof sein eigen, Jakob hatte sich auf die Gänsezucht verlegt, und Bernhard arbeitete als Brunnennmacher, wenn die landwirtschaftlichen Arbeiten nicht drängten.

So brachten es die Sechsbür durch Fleiß und Mühe allmählich zu einem gewissen Wohlstand, wobei ihnen die Anlehnung an das väterliche Gut eine Beständigkeit und Sicherheit gab, aus der für ihre Sondertätigkeit eitel Freude erwuchs. Trotz ihrer verschiedenen Veranlagung, trotz entgegengelegter Wünsche und Ziele hielt sie das gemeinsame Heim und der väterliche Wille beisammen und machte sie stark und leistungsfähig.

Da schloß der alte Forstbauer in einer kühnen Märznacht die Augen, um sie nicht wieder anzutun. Seine letzten Worte an seine Söhne waren schlicht und edel, wie er selbst gewesen war: „Bleibt beisammen, ihr braucht einander, geht nicht auseinander, die Urschel wird euch das Haus halten!“ Und sie sagten ja und wollten es auch so. Und einträchtig geleiteten sie ihn zur letzten Ruhestätte drüben über dem kleinen Pfarrdorf am Berghang.

Aber mit den kühlen Frühlingslüften, die den letzten Märzschnee verschleuderten, kamen in die Köpfe der jungen Forstbauern auch neue Gedanken. Der Gang zum eigenen Sonderzweig des väterlichen Betriebs gewann die Oberhand. Peter dachte nur noch an seine Bienen; Schafe, Gänse und Brunnennbau nahmen die Aufmerksamkeit der andern so voll in Anspruch, daß die Frühjahrsbestellung ins Stocken kam. Uebel mahnte taube Ohren; höchst selten und nur widerwillig brachte sie den einen oder andern einmal allein hinter den Pflug. Es gab viel Brache und dünnen Saatenstand in diesem Jahr. Dafür viel Streit. Der Bienenvater wollte mehr Acker angeflutet wissen, der Gänzezüchter verlangte, daß der Brunnennbauer die Feldarbeit ganz übernehme.

Wozu weiter erzählen? Der häusliche Haaber verzehrte rasch die wenigen Spargrößen und brachte den Hof binnen Jahresfrist unter den Hammer. Das verlorste Anwesen wurde verschleudert, die vier Brüder aber mußten sich auch von ihren Liebhabereien trennen, weil ihrer Tätigkeit der gemeinsame Boden entzogen war. Hätten sie zuerst ihr gemeinsames Gut geteilt, so hätten sie ihr Leben lang auch ihre Liebhabereien erfolgreich nebenher weiterbetrieben können. So mußten sie bei fremden Leuten fern der Heimat Dienste annehmen. Nur Urschel blieb als treue Magd auf dem Forsthaus und erlebte dessen Wiedererhebung.

Wer Ohren hat, zu hören, der höre!

### Zur Einwanderung nach den Vereinigten Staaten.

Aus Neuport wird dem Deutschen Auslandsinstitut unter dem 11. Dezember geschrieben: Im Kongreß hat jetzt der Vorsitzende des Einwanderungskomitees im Repräsentantenhaus, der Abgeordnete Johnson vom Staat Washington, den Antrag für Passierung eines Gesetzes gestellt, welches praktisch die ganze Einwanderung für die Dauer von drei Jahren verbieten würde. Es sollen nur Gatten, Frauen oder minderjährige Kinder von naturalisierten Bürgern oder derjenigen Ausländer zugelassen werden, welche drei Jahre in den Vereinigten Staaten gewohnt haben und ihre Absicht erklärt haben, Bürger der Vereinigten Staaten zu werden. Im Oktober erlangte ihre endgültigen Bürgerrechte: 249 Deutsche, 2234 Italiener, Großbritannien und Besitzungen außer Canada 2032 (hauptsächlich Irlande), 1332 Polen, 1283 Russen, 92 Franzosen, 203 Türken, 15 Spanier, 633 Schweden, 338 Norweger, 127 Finnen und 222 Griechen. Es mag hier übrigens auf die Erscheinungen kurz hingewiesen werden, welcher sich manche Richter bestreben, wenn es sich um die Naturalisierung von Deutschen handelt. Während die richterliche Mühle mit Hochdruck arbeitet, wenn es sich um die Naturalisierung von Italienern, Syrern oder Griechen usw. handelt, wird z. B. von einzelnen Richtern dem deutschen Kandidaten die Frage vorgelegt, wie viel Liberty Bonds der amerikanischen Kriegsanleihe er gekauft habe. Hat der Mann keine gekauft, so wird er einfach abgelehnt, ja

einzelne Richter treiben dies so weit, daß sie Leuten das Bürgerrecht verweigern, die nicht Bonds von jeder einzelnen Anleihe gekauft haben.

### Landwirte baut mehr und besseren Flachsbau!

Die Hebung der Rohstoffherzeugung und die Herstellung von Fertigfabrikaten aus einheimischen Erzeugnissen gehören in Deutschland zu den wichtigsten Forderungen der Gegenwart. Es ist deshalb notwendig, daß u. a. der Flachsbau eine wesentliche Ausdehnung erfährt. Für die heutigen Zeitverhältnisse gibt es wohl kaum eine Kulturpflanze, deren Erträge eine so vielseitige Verwendung im Haushalt und Wirtschaftsbetrieb des Landwirts findet, wie die des Leins. Die Faser des Flachses liefert über die Spinnereien und Webereien alle Arten von Webwaren.

Die Leinfaat ist das bekömmlichste und begehrteste Nahrungsmittel für Kälbertränke und Jungviehzucht und ein unentbehrliches Tierarzneimittel. Das Leinöl findet eine vielseitige Verwendung in jedem landw. Betriebe. Der Leinfauch ist als Selbstzeugnis wohl auf Jahre hinaus das billigste und beste Kraftfutter für Milch- und Mastvieh.

Die Rentabilität des Flachsbaus ist bei den derzeitigen Faser- und Leinfauchpreisen sicher, und der Flachsbau kann es in dieser Hinsicht mit den anderen Kulturfrüchten aufnehmen.

Ein öfterer Saatgutwechsel ist beim Flachsbau notwendig. Die Bad. Landwirtschaftskammer wird z. B. für das Anbaujahr 1922 russische Original-Kronsaatenleinaat und gibt diese bedeutend verbilligt unter günstigen Bedingungen an die Landwirte ab, sofern sich diese verpflichten, die Saat an die Flachsbaustelle nach erfolgter Anerkennung zum Tagespreise zu verkaufen. Auf besonderen Antrag wird das Saatgut ohne Barzahlung überlassen d. h. es wird gegen Rückgabe der etwa gleichen Menge erster Auswahl kostenlos geliefert. Beim Vermehrungsanbau soll die Anbaufläche mindestens ein Morgen betragen. Verbilligtes Saatgut wird auch an solche Landwirte abgegeben, die sich am Vermehrungsanbau beteiligen und Flachsbau lediglich für den Eigenbedarf anbauen. Landwirte, die Flachsbau anbauen, haben aufgrund ihrer Anbaufläche Anspruch auf Lieferung von Webwaren zu Fabrikpreisen und ein Teil dieser Webwaren soll nach Möglichkeit noch vor der Ernte an die Landwirte geliefert werden.

Der Antrag auf Webwarenlieferung muß noch vor dem 15. Januar 1922 bei der Flachsbau- und Hanbaustelle, Karlsruhe, gestellt sein. Die Flachsbau- und Hanbaustelle Karlsruhe nimmt außerdem Bestellungen an Saatgut an und gibt gerne kostenlos Aufschluß in allen Fragen des Saatgut- und Pflanzenbaues.

### Vermischtes.

**Der Brotpreis.** Das Ministerium des Innern hat veranlaßt, den Kommunalverbänden für die Brotberechnung zu geben. Hiernach darf in den städt. Kommunalverbänden der Preis für den Dreipfundloib 5.90 Mk., und für den kleinen Loib 2.95 Mk. nicht übersteigen. In den ländlichen Kommunalverbänden soll der Preis beim Dreipfundloib nicht höher als 5.60 Mk. und beim kleinen Loib als 2.80 Mk. sein.

**Die Kosten des Reichstags.** Während der Reichstag im Frieden knapp 3 Millionen Kosten erforderte — vor 20 Jahren war der Betrag sogar bedeutend geringer — kostet der Reichstag jetzt im Jahr rund 29 Millionen Mark. Diese Summe setzt sich wie folgt zusammen: Aufwandsentschädigungen an Abgeordnete 8 450 000 Mk., Entschädigung an die Eisenbahnen für die Freifahrten der Abgeordneten 6 530 000 Mk., Bibliothek des Reichstags 475 000 Mk., Reichstagsdruck 4 Millionen Mk., Wirtschaftsbetrieb (Restaurant) 650 000 Mk., Entschädigung an Post und Telegraphie 275 000 Mk., Dienstgrundstück und Diensträume 1 440 000 Mk., Beamtenbesoldung einschließlich Hilfskräfte 6 200 000 Mk. Der Rest verteilt sich auf kleinere Kosten.

**Der weiche Tod.** Die Leichen des Amtsgerichtsdirektors Hände (nicht Landgerichtsrat Hände) und des verstorbenen Vogel von Friedrichshafen sind geborgen. Kaufmann Sommer, Teilhaber der Ravensburger Metallindustrie, und Studienrat Dr. Luz am Gymnasium in Ellwangen konnten noch nicht erreicht werden. Ihre Leichen sollen oberhalb der Unglücksstelle des zweiten Tags liegen. Von den beiden Söhnen Rudolf und Hermann des Rechtsanwalts Hürle hat man noch keine Spur.

**Unterschlagung.** Der seinerzeit bei den Friedensverhandlungen in Versailles der deutschen Abordnung als Dolmetscher und Sekretär verwendete Gebard Lappert hat, wie sich jetzt herausstellte, amtliche Gelder in Höhe von 750 000 Franken unterschlagen. Lappert, der in San Sebastian (Spanien) verhaftet wurde und am 12. Januar vor einem Berliner Landgericht sich zu verantworten haben wird, behauptet, er habe das Geld von dem gleichfalls in Versailles verwendeten Zahlmeister Oberhuber erhalten, um auf gemeinsame Rechnung Kennnetzen zu machen. Das Geld ist verloren.

**Holzwespen, die Weidplaten durchnagen.** Daß Larven vieler Insekten Holz durchnagen und dadurch in Möbeln usw. Schaden anrichten, ist ja eine altbekannte Tatsache. Aber es gibt sogar Wespen, deren Kiefer so stark sind, daß sie dicke Weidplatten durchlöchern. Es sind dies die Fichten- oder Niesenholzwespen, von deren Leistung in dieser Hinsicht O. Harnisch in der „Allgemein“ erzählt. Die Larven wählen, nachdem sie ausgeschlüpft sind, zwei bis vier Jahre ihre Gänge im Innern des Holzes, in das das Weidchen die Eier gelegt hatte und verpuppen sich dann. Dabei wählen die Tiere stets den kürzesten Weg nach außen und weichen von der einmal eingeschlagenen Richtung nicht ab. Versteckt daher eine Weidplatte ihren Weg, so durchnagen sie diese, und zwar braucht die Holzwespe zum Durchnagen einer 4 Millimeter dicken Weidplatte 48 Stunden. Die Holzwespen können nun auf diese Weise großen Schaden anrichten, und zwar hauptsächlich bei den Fleckammern von Schwefelsäurefabriken. Benutzt man zum Bau des Geräts solcher Kammern Holzstämmchen, die von Holzwespen befallen sind, so können die ausgeschlüpften Tiere zeitweise den Betrieb der ganzen

Fabrik in Frage stellen, da durch jedes kleine Loch Schwefelsäure herausfließen kann. Ein besonders bemerkenswerter Fall ereignete sich Anfang 1921 in einer großen Schwefelsäurefabrik bei Saarau in Niedersachsen. Die Fleckammern erwiesen sich dort als undicht, und als Grund wurden die zahlreichen, sich täglich vermehrenden Fluglöcher von Holzwespen erkannt. Der Schaden, der dadurch entstand, war außerordentlich groß, denn der Betrieb konnte nicht wieder aufgenommen werden, solange eine Undichtigkeit der Kammern ständig zu befürchten ist. Da nun aus dem ersten Ausfliegen von Tieren zu erkennen war, daß die Eiablage vor zwei Jahren, also 1919, erfolgt ist, so hätte die Fabrik bis Ende 1923 still liegen müssen, weil die Larven vier Jahre lang ihre Nagestätigkeit betreiben. Da die Bekämpfung dieser Insekten mit den gewöhnlichen Mitteln teils undurchführbar, teils ausfallslos ist, weil den Tieren im Innern des Holzes nicht beizukommen ist, so schlug der zu Hilfe gerufene Fachmann, Prof. Paz, vor, zwischen das Holz und das Blei eine Schicht von Eisenblech einzufügen, die von den Holzwespen nicht durchnagt werden kann. Diese Maßnahme kostete die Fabrik mehr als 100 000 Mk., und da sie außerdem durch die längere Stilllegung einen großen Produktionsausfall hat, kann man sich eine Vorstellung von dem Schaden machen, den diese nagen- den Insekten hervorrufen.

**Verjährung der Strafverfolgung.** Auch im neuen Reich und unter den sonst so vielfach veränderten Rechtsverhältnissen hat sich, was viele nicht zu wissen scheinen, an den Fristen für die Verjährung der Strafverfolgung nichts geändert. Die Strafverfolgung von Verbrechen verjährt, wenn sie mit dem Tod oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bedroht sind, in 20 Jahren; wenn sie im Höchstbetrag mit einer Freiheitsstrafe von einer länger als 10jährigen Dauer bedroht sind, in 10 Jahren. Von Verbrechen zu unterscheiden sind die Vergehen. Diese verjähren, wenn sie im Höchstbetrag mit einer längeren als dreimonatigen Gefängnisstrafe bedroht sind, in fünf, sonst in drei Jahren.

**Vorsicht!** In letzter Zeit sind in verschiedenen Städten Geschäftsleute durch gefälschte Einlieferungsscheine über angeblich einbezahlte Postanweisungen beträchtlich geschädigt worden. In den Geschäften suchte ein gut gekleideter Mann Waren heraus oder ließ sich eine Preisliste übergeben und bemerkte, daß die Waren in den nächsten Tagen gegen Bezahlung abgeholt werden. Am andern Tag erschien ein junger Mann mit einem anderen Herrn und zeigte einen Brief mit entsprechendem Namensaufdruck des Bestellers der Waren vor. In einem Brief wurde um Aushändigung der Waren an den Ueberbringer gebeten unter Verweisung auf den beiliegenden Posteinlieferungsschein, nach dem der Betrag bei der Postanstalt eingezahlt worden sein soll. Durch den Posteinlieferungsschein haben sich mehrere Geschäftsleute täuschen lassen und die Waren ausgehändigt. Die Einlieferungsscheine erwiesen sich aber als gefälscht.

**Wie man in Rußland die Todesstrafe abgeschafft hat.** Bekanntlich hat der Bolschewismus in Rußland die Todesstrafe aufgehoben. An ihre Stelle ist ein anderer Begriff getreten: „Beseitigung auf dem Wege proletarischer Diktatur“, das heißt ohne Richter, ohne Staatsanwalt, ohne offizielle Verurteilung werden die „Feinde des Proletariats“ im Geheimen beseitigt. Dieses Schicksal haben laut amtlicher Listen der Sowjetregierung seit 7. November 1917, wie „Der Deutsche“ berichtet, erfahren: 28 Bischöfe, 1215 Geistliche, 6775 Professoren und Lehrer, 8800 Ärzte und Assistenten, 45 650 Offiziere, 10 500 Gendarmen und Polizeioffiziere, 260 000 Soldaten, 48 500 Gendarmen und Schutzleute, 12 950 Gutbesitzer, 355 250 Anwohner der Intelligenz, 192 350 Arbeiter und 315 000 Bauern, zusammen also über 1 1/2 Millionen Personen.



Spiel und Sport

**Fußball.** In Troß des andauernden Schneefalls kamen überall in Süddeutschland die Ligaverbandsspiele mit folgenden Ergebnissen zum Austrag:

Reitschule — Spornil Forstheim 4:0; 1. F. C. Forstheim — Spornil Forstheim 7:2; S. f. B. Karlsruhe — Germania Furth 2:4; Wühlburg — 1. F. C. Freiburg 2:1; Lörrach — Pfd. h. Karlsruhe 1:6.

**Turnverein Durlach 1. — F. C. Heildesheim 1. 2:1.**

Weitere 2 wertvolle Punkte konnte sich am vergang. Sonntag die T. S. Man. h. c. ritzgen Schwab durch 2 E. sahente, von denen der eine gleich in den ersten 10 Minuten wegen Verwundung ausschieden mußte, geschwächt, kann Durlach trotzdem das Spiel offen anfallen und den Weaner Arbeitsteils in dessen Spielhälfte zurückdrängen. Er ist Heildesheim das 1. Tor und bald darauf erfolgt der Ausgleich durch einen wohl gelungenen Durchbruch Durlach. Nachdem mancherlei schöne Chancen vorausgesetzt blieben, kann T. S. nach der Halbzeit sein 2. und siebentages Tor buchen. Nach dem weichen Knie die Angriffe fort, die jedoch meistens an der gut verteidigten Verteidigung scheiterten oder neben oder über den Kästen ihren Weg fanden. Weitere Bemühungen beiderseits blieben bis Schluß erfolglos. Durlach 2 — Heildesheim 2. 0:5.

**Schneehort.**

Die letzten Tage standen in den Gebirgsgegenden im Zeichen des Wintersports. Ganz besonders der Schwarzwald, wo über den Sonntag ein wahrer Massenbetrieb herrschte, hatte eine noch nie gesehene Menge von Wintersportlern angelockt. In Tuttlingen wurde eine Sprungschanze eingeweiht. Der Oberschwäbische Wettlauf für 1922 fand bei Isny und Großholzleute statt. Auf der Hundsed haben Wettkämpfe der Ortsgruppe Bülhertal stattgefunden. In Triberg wurde die Rodelfeierschaft von Baden auf der Döhlwaldrodelbahn ausgetragen.

**Mittelmäßiges Wetter.** Der neue Luftwirbel zieht in der Hauptsache nördlich vorüber. Die Störung wird aber in Süddeutschland noch einige Tage andauern, weshalb am Mittwoch und Donnerstag bei vorübergehender Auflockerung in der Hauptsache nachkaltes Wetter zu erwarten ist.

